

## **Mitteilung an die Presse vom 27.2.2026 – zur Veröffentlichung freigegeben**

### **Polizei wegen Wilderei im Högl? Jagdgenossen und Jäger klären auf!**

*Mehrfach in der letzten Zeit wurden Streifenwagen der Polizei in Högl gesichtet. Es kursieren Gerüchte, dass es sich um Fälle von Wilderei und mehr handeln könnte. Doch was ist wirklich geschehen, und worum geht es hier? Mehrere frühere Vorstände und Mitglieder der Jagdgenossenschaft Högl sowie ehemalige Jäger haben sich entschlossen, hiermit die Öffentlichkeit zu informieren, damit keine weiteren Gerüchte oder falschen Fakten in Umlauf kommen.*

Anfang Februar 2026 nahm die Polizei Ermittlungen auf, weil im Wald bei Högl ein Jäger in der Schonzeit der Rehe ein Rehkitz erlegt hatte. Der Jäger war Begehungsscheininhaber der derzeitigen Jagdgenossenschaft Högl, die sich seit Frühjahr 2024 unter der Leitung eines Notvorstandes befindet. Dass noch versucht wurde, die polizeiliche Dokumentation zu verhindern, wussten die Personen, die diese Fälle nun sichtbar machen, mit Mut und Zivilcourage zu verhindern – auch hierzu läuft jetzt eine Anzeige.

Wenige Tage später fand ein Spaziergänger den Schädel eines Rehbocks im Wald bei Högl, der laut Gesetz auf der öffentlichen Pflichthegesehau hätte vorgezeigt werden müssen. Erneut zogen die Grundbesitzer die Polizei heran, denn es stand der Verdacht von Jagdwilderei im Raum. Bei einer Tatortbesichtigung kam dann ein ganzer Rehfriedhof zu Tage. Für die Eigentümer wurde offensichtlich, dass hier Menschen das jagdliche Handwerk ausüben, die überhaupt keinen Respekt vor der Kreatur haben.

Die Jagdgenossenschaft Högl ist der Zusammenschluss der Grundeigentümer und damit Inhaber des Jagdrechts. Ihr obliegt auch die Verpflichtung zur Hege und zum Erhalt eines gesunden Wildbestands. Seit vielen Jahren wird das Revier nicht mehr verpachtet, sondern von der Eigentümerversammlung, also der Jagdgenossenschaft, in Eigenregie bewirtschaftet.

Bis ins Jahr 2023 hinein verlief dies in Kooperation mit einheimischen und weiteren Jägern harmonisch und erfolgreich, wie unter anderem das Forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung immer wieder zeigte: Högl lag immer im „grünen“ Bereich, das heißt, Rehe und weiteres Niederwild richteten keine nennenswerten Schäden am Wald an, der Verbiss war „tragbar“. Der jährlich vorgeschriebene Abschuss lag bei 57 Rehen. Man könnte meinen, wenn Wald und Wild so im Einklang sind, ist eigentlich alles bestens.

Trotzdem kam es im Frühjahr 2023 zu Schadensmeldungen aus den Reihen bekannter Waldbesitzer, untermauert von einem fachlich äußerst schwachen Gutachten. Daran knüpfte sich die unbedingte Forderung, der Abschussplan für Rehwild müsse erhöht werden. Die verantwortlichen Jäger wie auch der damalige Jagdvorstand, zu denen die Autoren gehören, beurteilten die Situation fachlich anders und konnten ihre Position auch mit einem soliden Gegengutachten belegen.

Trotzdem keimten ab diesem Zeitpunkt Unruhe und Spaltung in der Jagdgenossenschaft Högl. Bei zwei Sitzungen im Januar und März 2024 kam es zu regelrechten Tumulten, in deren Verlauf der Vorstand „abgewählt“ und, weil sich keine neuen Kandidaten fanden, durch den oben erwähnten Notvorstand ersetzt wurde. Der Notvorstand einer Jagdgenossenschaft besteht qua Gesetz immer aus dem Bürgermeister der Gemeinde.

Ein Notvorstand hat ausschließlich die Aufgabe, das Gremium vorübergehend satzungskonform zu verwalten, bis ein neuer Vorstand gefunden ist. Alle Entscheidungen, auch zur Durchführung der Jagd, obliegen aber weiterhin demokratisch der Versammlung der Jagdgenossen. Beschlüsse

müssen mit doppelter Mehrheit – der Stimmen wie auch der vertretenen Grundfläche – gefällt werden.

In der Jagdgenossenschaft Högl wurden diese Vorschriften, die auch in der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Jagdgesetz festgeschrieben sind, ab der Neuwahl völlig ignoriert. Der Erste Bürgermeister von Anger, der das Amt des Notvorstands später an seinen Stellvertreter, den Zweiten Bürgermeister, weiter delegierte, entließ im Juli 2024 ohne Beschluss des Gremiums drei leitende Jäger aus ihren Verträgen mit der Jagdgenossenschaft.

Der Zweite Bürgermeister erhöhte dann, ebenfalls ohne Beschluss, die Abschusszahlen der Rehe von 57 auf über 80 pro Jahr. Tatsächlich wurden im Jagdjahr 2025/26 sogar 131 Rehe geschossen – also mehr als 50 Prozent mehr als der hochgeschraubte Abschussplan vorgesehen hätte.

„Ein so hoher Eingriff in eine Population ist wildbiologisch nicht zu vertreten“, sagt Karlheinz Wiltschka, der Jäger in der Jagdgenossenschaft Högl war, bis er seinen Begehungsschein aus Protest gegen die neuen Regelungen zurückgab. „Für jeden Menschen mit ein bisschen Sachverstand ist eindeutig, um was es dem Notvorstand hier in Högl eigentlich geht: Das Rehwild aus ideologischen Gründen innerhalb kürzester Zeit auszurotten.“

Darauf deutet seiner Ansicht nach auch die Tatsache hin, dass der Notvorstand den Jägern angeboten hat, dass sie alles Rehwild, was sie über die 100 Prozent des Abschussplans hinaus erlegen, nicht mehr bezahlen müssen.

Wie die jüngsten Vorfälle ergaben, hat der Zweite Bürgermeister und Notvorstand zudem eigenhändig Begehungsscheine ausgegeben und wieder einkassiert – wie jenen des Schützen, der in der Schonzeit das Rehkitz zuerst in den Bauch schoss und dann nach einer Nachsuche erlösen musste.

Franz Herbst, Georg Maier und weitere Grundbesitzer haben inzwischen mehrfach an den Jagdvorstand geschrieben und unter anderem die Vorlage von Beschlüssen zu den getätigten Änderungen eingefordert. Als diese nicht erfolgte, meldeten sie das der Unteren Jagdbehörde Berchtesgadener Land und letztlich auch deren Rechtsaufsicht.

„Es ist uns ein Rätsel, warum die Behörde auf unsere Anschreiben und Hilferufe hin nicht eingegriffen hat“, sagt Rudolf Bernegger, früher verantwortlicher Jäger in dem Revier. „Aktuell schauen von der Unteren Jagdbehörde, den Jagdbeiräten über die Kreisgruppe des Bayerischen Jagdverband bis hin zum Landrat alle Behörden und Institutionen tatenlos zu, wie Gesetze mit Füßen getreten und unser Wild ohne Sinn und Berechtigung getötet wird. Aus unserer Sicht ist das menschlich und waidmännisch nicht mehr zu verantworten.“

Die Autoren haben den Verdacht – den sie schon von Beginn an auch schriftlich äußerten -, dass an den Grundeigentümern vorbei, die ein Recht auf Information und Mitbestimmung haben, neue Leitsätze für eine radikale Rehwildreduktion eingeführt wurden, die nicht der Satzung der Jagdgenossenschaft gemäß verabschiedet wurden.

Zugleich lässt das Handeln der Verantwortlichen möglicherweise ebenso an ihrer Gesetzestreue zweifeln wie das Vorgehen der „neuen“ ausübenden Jäger. Große Waldbesitzer aus Högl, Landwirte wie auch Jäger sind mit dem derzeitigen, tierquälerischen Umgang mit dem Wild in ihrer Heimatgemeinde nicht einverstanden. Sie fordern einen sofortigen Stopp der derzeitigen Jagdmethoden und des Handelns durch den derzeitigen Notvorstand.

„Was vom Frühjahr 2024 bis heute auf rechtlicher Ebene in der Jagdgenossenschaft Högl stattfand sowie tragischerweise dem `nicht sprechenden´ Wild angetan wurde, muss ein sofortiges Ende finden“, fordern Karlheinz Wiltchka und Rudolf Bernegger. „Das Verhalten der Verantwortlichen muss aufgearbeitet und mit weitreichenden Konsequenzen sanktioniert werden.“

Denn eines ist allen Autoren klar: Was bisher bekannt wurde und hier geschildert ist, ist nur die Spitze des Eisberges in der Jagdgenossenschaft Högl.

*Franz Herbst*

*Georg Maier*

*Rudolf Bernegger*

*Karlheinz Wiltchka*